

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 24.07.2006
	Schriftführung Helga Monheim
	Telefon-Nr. 02202/142245
Niederschrift	
Hauptausschuss	Sitzung am Dienstag, dem 30. Mai 2006
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:05 Uhr - 20:20 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 14.03.2006 - öffentlicher Teil -
247/2006**
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.
270/2006**
- 6. Regionale 2010, Information zum Masterplan: grün des Regionale-Arbeitskreises "Natur und Landschaft"
225/2006**
- 7. Produktgruppen im NKF-Haushalt
242/2006**
- 8. Reorganisation Bürgerbüros
250/2006**

- 9. Rettungsbedarfsplan für den Rheinisch-Bergischen Kreis
-Erklärung des Einvernehmens nach § 12 Abs. 4 des Rettungsgesetzes NRW
200/2006**
- 9.a Zukunft der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen im Neuen Kommunalen Finanzmanagement
293/2006**
- 10. Bericht aus dem Integrationsbeirat
274/2006**
- 11. Entsendung von Mitgliedern des Seniorenbeirates in verschiedene Ausschüsse
269/2006**
- 12. Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der 65. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW für den Regierungsbezirk Köln am 08.06.2006 in Pulheim
258/2006**
- 13. Benennung der nördlichen und südlichen Erschließungsstraße im Bebauungsplan Nr. 3342 - Lohhecke in Berg. Gladbach, Sand
170/2006**
- 14. Anträge der Fraktionen**
- 14.1 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 28.02.2006 die Neubaustraße an der Breslauer Straße in Hand nach Marion Gräfin Dönhoff zu benennen
283/2006**
- 14.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 28.02.2006 zur Benennung eines Platzes in Paffrath
285/2006**
- 14.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2006 einen Beigeordneten zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters zu bestellen
280/2006**
- 14.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 16.05.2006 zur Zusammenlegung des Sozialausschusses mit dem Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann
287/2006**
- 15. Anfragen der Ausschussmitglieder**

B	<u>Nichtöffentlicher Teil</u>
1.	Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil
2.	Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 14.03.2006 - nichtöffentlicher Teil - 279/2006
3.	Mitteilungen des Bürgermeisters
4.	Änderung des Gesellschaftsvertrages der Rheinisch-Bergischen Technologie-Zentrum GmbH 245/2006
5.	Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die 9. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Er teilt mit, dass sich für die Sitzung Herr Freese (SPD), Frau Hammelrath (SPD), Herr Schneeloch (SPD), Frau Koshofer (FDP) und Frau Ryborsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) entschuldigt haben. Sie werden vertreten von Frau Schöttler – Fuchs (SPD), Herrn Dr. Miede (SPD), Herrn Galley (SPD), Herrn Dr. Fischer (FDP) und Herrn Ziffus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Von der Verwaltung hat sich Frau Fahner entschuldigt.

Herr Orth benennt die, für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 18.05.2006 mit den dazugehörigen Vorlagen der Verwaltung,
- der Bedarfsplan für den Rettungsdienst im Rheinisch - Bergischen Kreis (TOP A 9) und
- der Anlagenband zur gutachterlichen Untersuchung über die *Zukunft der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen im Neuen Kommunalen Finanzmanagement* (TOP A 9a)

<-@

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

@-> Auf Hinweis von Herrn Lang wurde in der Niederschrift über die Sitzung vom 14.03.2006 – öffentlicher Teil - TOP A 9 Absatz 1, ab Satz 4 geändert. Aufgrund eines Übertragungsfehlers war die Wortmeldung von Frau Schmidt-Bolzmann Herrn Lang zugeordnet worden.

Mit dieser Korrektur wird die Niederschrift über die Sitzung vom 14.03.2006 – öffentlicher Teil - genehmigt.

<-@

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 14.03.2006 - öffentlicher Teil -

@-> Herr Orth gibt zu TOP A 6 folgende Aktualisierung bekannt:

Mit Verfügung vom 19.05.2006 habe die Kommunalaufsicht mitgeteilt, dass gegen die Wahl von Herrn Mumdey keine aufsichtsbehördlichen Bedenken bestehen und die Ernennungsurkunde ausgehändigt werden könne.

Er beabsichtige, Herrn Mumdey in der Ratssitzung am 08.06.2006 zu vereidigen und ihm die Ernennungsurkunde zu überreichen.

Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen. <-@

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> 1. Mitteilung zum Thema Strategische Steuerung / Ziele

Zum Thema Strategische Steuerung /Ziele kündigt Herr Orth an, dass den Ratsmitgliedern in den nächsten Tagen – möglichst bis zur Ratssitzung – noch ergänzende Unterlagen zu den Handlungsfeldern und Wirkungszielen zur Verfügung gestellt werden.

Nach dem bisherigen Verlauf ist es nach Ansicht von Herrn Orth nicht notwendig an dem geplanten dritten Termin des Workshops Strategische Steuerung / Ziele festzuhalten. Er schlägt statt dessen vor, die Hauptausschusssitzung am 22.08.2006 zu einer vertieften Diskussion des Themas zu nutzen. Damit für die Beratung hinreichend Zeit zur Verfügung stehe, könne die Sitzung an diesem Tag ein oder zwei Stunden früher beginnen.

Über den Vorschlag von Herrn Orth, anstelle des dritten Termins des Workshops die Diskussion zum Thema Strategische Steuerung /Ziele in der Sitzung des Hauptausschusses am 22.08.2006 fortzuführen und dafür den Sitzungsbeginn vorzuverlegen, wird Einvernehmen erzielt.

(Anmerkung der Verwaltung: Die Hauptausschusssitzung beginnt am 22.08.2006 um 15.00 Uhr)

2. Mitteilung zum Thema Brandschutzbedarfsplan

Ursprünglich war geplant, den Brandschutzbedarfsplan im Frühherbst zur Beratung in die politischen Gremien einzubringen. Unter Berücksichtigung der personellen Veränderungen bei der Feuerwehr Bergisch Gladbach wolle man der neuen, noch nicht bestimmten Leitung der städtischen Feuerwehr Gelegenheit geben, daran mitzuwirken. Herr Orth schlägt deshalb vor, diese Beratungen bis zum Jahresende ggf. auch bis zum Beginn des nächsten Jahres zu verschieben, da die Lösung der Personalfrage einen längeren Zeitraum in Anspruch nehme. Hierüber besteht Einvernehmen.

3. Mitteilung zum Thema Regionale 2010

- Bericht über die Workshops und die weitere Perspektive

Herr Schmickler berichtet über die Planungswerkstatt, die in der Zeit vom 15. – 18.05.2006 für das Projekt Stadtgestaltung – Innenstadt Bergisch Gladbach – mit sechs externen Büros und Fachleuten der Regionale - Agentur durchgeführt wurde. Dabei seien für die beiden Themenfelder *Bahnhof/ Busbahnhof/ Westlicher Teil Fußgänger Zone / Konrad – Adenauer – Platz /Werksgrenze Zanders/ Driescher Kreuz/ Jakobstraße* und der *Bereich östlich des Konrad-Adenauer-Platzes bis zur Odenthaler Straße* skizziert worden. Der Vorsitzende des Planungsausschusses und die Planungssprecher hätten Gelegenheit gehabt, die Entwürfe mit den Fachleuten zu diskutieren. Im Übrigen verweise er auf die Sitzung des Planungsausschusses am 18.05.2006, wo die Arbeitsergebnisse präsentiert wurden.

Als nächster Verfahrensschritt sei in dieser Woche ein Abstimmungsgespräch mit Vertretern der Regionale 2010 Agentur vorgesehen. Ziel sei eine Konkretisierung der Entwürfe aus der Planungswerkstatt im Jahr 2006, damit diese Ideen ggf. in die

Stadtmitteprojekte Buchmühle, Stadtmittebereich und Busbahnhof / Driescher Kreuz einfließen können. Über das Ergebnis des Abstimmungsgesprächs werde in den zuständigen Gremien informiert.

Auf die Frage von Herrn Dr. Fischer nach Investitionsabsichten eines Kinobetreibers in der Stadtmitte, sichert Herr Schmickler, wie bereits in der Vergangenheit, eine städtische Unterstützung der Initiative, zu. Allerdings müsse berücksichtigt werden, dass die Standortvorschläge sich auf Grundstücke beziehen, die nicht im Eigentum der Stadt stehen.

Herr Ziffus führt zum innerörtlichen Teil der Regionale aus, dass entgegen der Darstellung die Nutzung der Strunde als Wasserkraft nicht ursächlich für die Verrohrung sei. Ein Arbeitstitel, der die Kraft des Wassers stilisiert, sollte deshalb nicht weiter verfolgt werden.

In der Planungswerkstatt seien von den Planungsbüros teilweise gegensätzliche Vorschläge für die Gestaltung des Raumes mit Gewässern entwickelt worden. Eine durchgehende offene Gewässerführung sei kein Widerspruch zu einer städtischen Gestaltung.

Mit Blick auf die Nutzung der Innenstadt als Wohn- und Lebensraum macht er geltend, dass nicht nur architektonische und wirtschaftliche, sondern auch soziale und humanökologische Aspekte in die Planung einfließen müssen.

Herr Schmickler erläutert, dass die Entwicklung der Stadt einerseits wesentlich durch die Strunde als Ausgangspunkt der Besiedelung und der gewerblichen, später industriellen Entwicklung zu sehen sei, andererseits die Lebensader „Strunde“ als Abwasserkanal missbraucht wurde. Es werde eine Aufgabe des Projektes sein, diese gegenläufige Entwicklung unter Berücksichtigung historischer Konturen erfahrbar zu machen. Im weiteren Verlauf der Projektbearbeitung werde sich zeigen, ob dies ein Thema im Bereich Stadtmitte sein wird oder ob es andere Standorte gebe, an denen man diese Gegenläufigkeit deutlich machen könne.

Herr Schütz kritisiert, dass die Ergebnisse der Planungswerkstatt, die unter Aspekten der Stadtentwicklung erarbeitet wurden, nicht ausführlich im Hauptausschuss vorgestellt werden. Für die Ausschussmitglieder sei es wichtig zu erfahren, wie die städtische Entwicklung von einem anderen, von lokalen Gegebenheiten unbefangenen Denkansatz aus gesehen werde. Man wolle nicht nur fertige Ergebnisse abrufen.

Herr Schmickler stellt klar, dass eine Präsentation im Hauptausschuss geplant sei, allerdings erst nach den Gesprächen mit der Regionale - Agentur über das weitere Verfahren. Frau Müller - Veit ergänzt, dass die Verwaltung an einer ausführlichen Dokumentation arbeite, die sie gerne in der Sitzung des Hauptausschusses am 22.08.2006 vorstellen werde.

Herr Albrecht bittet im Zusammenhang mit der Thematik Innenstadtentwicklung um einen Statusbericht der Projektgruppe Innenstadt.

<-@

5. Schenkung des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V.

@-> Herr Hagen begibt sich in den Zuschauerraum, da er befangen ist.

Frau Beisenherz – Galas möchte wissen, wer für die Stromkosten der Beleuchtung auf dem Konrad-Adenauer-Platz aufkommt und wie hoch die Kosten sind.

Herr Schmickler führt hierzu aus, dass die Stromkosten von der Stadt getragen werden. Die neue Beleuchtungsanlage verbrauche deutlich weniger Energie als die frühere. Insgesamt gehe er von einem dreistelligen Betrag aus.

Herr Albrecht, Herr Schütz, Herr Dr. Fischer und Herr Waldschmidt bedanken sich ausdrücklich im Namen ihrer Fraktionen für das besondere private Engagement des Verschönerungsvereins Bergisch Gladbach e.V. zur Stadtbildpflege.

Sodann fasst der Hauptausschuss einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

- @->
1. Die Schenkung des Verschönerungsvereins e.V. (Innenrestaurierung des Rathauses) wird mit besonderem Dank angenommen.
 2. Die Schenkung des Verschönerungsvereins e.V. (Beleuchtung aller Gebäude rund um den Konrad-Adenauer-Platz) wird in Erweiterung des Ratsbeschlusses vom 14.10.2004 angenommen.

Herr Hagen kehrt an seinen Platz zurück.

<-@

6. **Regionale 2010, Information zum Masterplan: grün des Regionale-Arbeitskreises "Natur und Landschaft"**

- @->
- Herr Schmickler erläutert die Funktion des Masterplanes „grün“, der die planerische Lücke zwischen dem Landschaftsrahmenplan (in NRW: Gebietsentwicklungsplan) mit großräumigen Bereichen für den Schutz der Natur und dem Landschaftsplan mit kleinteiligem Flächenschutz schließen solle. Dies werde insbesondere unter der Überschrift der Kulturlandschaft geschehen, d. h. durch die Betrachtung der Frage, wie ist die Landschaft zu dem geworden, was sie heute ist. Der Masterplan „grün“ als neues Instrument, sei in den ersten Schritten noch relativ allgemein gehalten, biete aber die Möglichkeit einer Weiterentwicklung, einer konkreten Planung. Aus den aktuellen Veröffentlichungen der Regionale sei bekannt, dass diese schon an einer zweiten Version arbeite und man in einigen Wochen mit einer Veröffentlichung rechnen könne. Diese zweite Version werde sich von der ersten dadurch unterscheiden, dass sie sich detaillierter mit verschiedenen speziellen Fachdisziplinen, die mit Freiraum zu tun haben, beschäftige. Setze man sich mit dieser Thematik auseinander, würden auch die konkreten Nutzungskonflikte hervortreten. Es sei deshalb beabsichtigt, u.a. ein Kapitel zu veröffentlichen, das Konfliktfelder benennt. So könne man Konfliktsituationen aufarbeiten und ggf. zu einem Lösungsvorschlag kommen. Auch wolle man eine gewisse Konkretisierung für Teilräume vornehmen.

Ziel der Regionale sei die Vorlage eines „Handbuchs“ für alle Projektverantwortlichen in der Region. Der Masterplan „grün“ sei ein Plan mit regionalem Maßstab, der nicht für jedes Detail in einer jeden Gemeinde Lösungen vorweisen und anführen werde. Dies sei Aufgabe von Einzelobjekten der Regionale bzw. von anderen Planungsaufgaben, wie dem Landschaftsplan. Insofern sei der Masterplan „grün“ von den beiden Regionale - Projekten der Stadt Bergisch Gladbach und von anderen Objekten im Zuge der Regionale zu trennen.

Herr Ziffus ist der Meinung, dass man entgegen der Aussage von Herrn Schmickler, nicht zwischen dem Masterplan „grün“ und den sich daraus ergebenden Plänen tren-

nen könne. Der Masterplan gebe die Ziele vor, an denen sich die konkreten Maßnahmen orientieren müssten.

Herr Schmickler stellt klar, das sich seine Aussage auf den Maßstab der Planung bezogen habe und nicht auf die inhaltliche Übereinstimmung. Selbstverständlich seien konkretisierte Pläne irgendwo abgeleitet und müssen kongruent zu den übergeordneten Plänen sein.

Herr Albrecht bemerkt, dass das Projekt „Erlebnisachse Strunde“ noch nicht sehr weit fortgeschritten ist und deshalb in die Kategorie B eingestuft wurde. Die CDU-Fraktion gehe bei Betrachtung der einzelnen Planungsschritte aber davon aus, dass das Projekt in Kürze in die Kategorie A überführt und damit als förderungswürdig eingestuft werde. Man befürworte die Planung, insbesondere für den Bereich „Strunde“ innerhalb der Stadt, halte sie für durchsetzbar und richtig.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> Der Hauptausschuss als Stadtentwicklungsausschuss erteilt die Zustimmung zum vorliegenden Masterplan „grün“.

<-@

7. Produktgruppen im NKF-Haushalt

@-> Herr Orth erläutert unter Berücksichtigung der Vorgaben des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) die wesentlichen Änderungen im Inhalt und Aufbau des Haushaltsplanes. Als Gliederungsgruppe unterhalb der Produktbereiche sei von der Verwaltung ein Produktgruppenplan mit 49 Produktgruppen erarbeitet worden, der nun zur Beschlussfassung vorliege.

Herr Dr. Fischer beantragt für die FDP-Fraktion die Vertagung dieser Entscheidung, da

- die strategischen Ziele sich nicht hinreichend in der Produktgruppenstruktur wiederfinden und
- die Produktgruppe als Budgetierungsebene einerseits sehr kleine Elemente umfasse, andererseits sehr große Gruppen bilde, so z. B. die Zusammenfassung aller kulturellen Einrichtungen in einer Produktgruppe.
Da die Produktgruppenebene auch gleichzeitig die Ebene sei, über die die Verwaltung mittels Kennzahlen gesteuert werden solle, würden sich derart große Elemente hierzu nicht eignen. Jede Einrichtung (VHS, Musikschule u.s.w.) müsse separat betrachtet werden.
- Zudem werde in Kürze die Stelle des Kämmerers neu besetzt, der mit diesem Instrument umgehen soll. Man müsse ihm die Möglichkeit geben, sich eine eigene Meinung zu der Angelegenheit zu bilden und ihn in die Entscheidung einbeziehen.

Da der städtische Haushalt erst 2008 auf das NKF umgestellt werde, bliebe noch hinreichend Zeit.

Für Herrn Nagelschmidt ist der Antrag der FDP-Fraktion nicht einleuchtend. Die Gliederung in 17 Produktbereiche, die sich an gemeindlichen Aufgaben orientiere, sei auch im Hinblick auf einen interkommunalen Vergleich sinnvoll. Sollte sich eine weitere Differenzierung auf der Ebene der Produktgruppen als notwendig erweisen, könne dies noch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Es mache daher keinen Sinn, die Entscheidung zu vertagen.

Unter Hinweis auf § 16 Geschäftsordnung des Rates führt Herr Ziffus zur Sache aus, dass er grundsätzlich die Bildung von Produktgruppen für das kommunale Finanzmanagement für notwendig halte.

Dennoch wäre eine Vertagung sinnvoll, weil die Meinungsbildung hierzu noch nicht abgeschlossen sei. Bevor man konkrete Detailziele zu den einzelnen Produktgruppen entwickle, müssten erst die strategischen Ziele definiert werden.

Die willkürliche Gliederung der einzelnen Bereiche, für die dann Unterproduktgruppen gebildet werden, sei nicht zweckmäßig. Es gebe drei Bereiche, nämlich 01 - Allgemeine Verwaltung, 02 - Recht und Ordnung, sowie 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft, die Querschnittsaufgaben wahrnehmen. Die übrigen Bereiche könnten traditionell gegliedert werden. Man könne hier ganz konkrete Pläne für das weitere Vorgehen entwickeln und abstimmen, dürfe aber nicht den Fehler machen, für einen Bereich Dinge zu beschließen, die für andere Bereiche eine negative Wirkung haben. Deshalb müssten die Gruppierungen für eine Entscheidung deutlicher als bisher und auch grafisch, dargestellt werden.

Herr Lang ist skeptisch, dass die angestrebten Ziele des NKF - ein besserer Steuerungserfolg des Rates und ein Mehr an Information für die Öffentlichkeit - so zu erreichen sind. In Teilen sei die Vorlage und die Zuordnung der Produkte zu den Produktgruppen und Produktbereichen nicht schlüssig. Es gebe noch sehr viele Fragen. Die Bildung von Produktgruppen im NKF sei ein wichtiges Gebiet, dass einer eingehenden Erörterung bedürfe. Er spreche sich deshalb auch für die Vertagung aus.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, dass der Produktgruppenplan den Ratsmitgliedern seit mehr als drei Wochen vorliege und die Fraktionen ausreichend Gelegenheit gehabt hätten, sich damit zu beschäftigen. Es habe zwei Workshops gegeben, in denen der Produktgruppenplan diskutiert wurde und es seien keine Änderungsvorschläge aus den Fraktionen gekommen. Die SPD - Fraktion habe im Gegensatz zu den Fraktionen, die sich nicht am Strategie-Workshop beteiligt haben, keinen Beratungsbedarf mehr.

Herr Schütz ist unter Hinweis auf die Vorlage der Auffassung, dass heute die Beschlussfassung erfolgen könne, da im weiteren Verlauf der Arbeiten zur Einführung des NKF und im Rahmen des strategischen Zielentwicklungsprozesses noch Anpassungen vorgenommen werden können. Er möchte von der Verwaltung hierzu u. a. wissen, ob beabsichtigt sei, die Kulturbetriebe einzeln aufzugliedern und wo die Beteiligungen an der Rheinisch - Bergischen Siedlungsgesellschaft (RBS) und der städtischen Bäder GmbH aufgeführt werden.

Herr Orth verweist auf die Vorlage und stellt den Vertagungsantrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung.

Für die Vertagung stimmen die FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KIDinitiative und BfBB. Bei Gegenstimmen von CDU, SPD und dem Bürgermeister ist der Vertagungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, dass der vorliegende Produktgruppenplan der Kontenrahmen für das neue Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, wie es die Stadt einführen wird, ist. Man müsse sich hinsichtlich der 17 Produktbereiche an den

gesetzlichen Vorgaben orientieren. In der Klausur habe man gesehen, dass jeder der 49 Produktgruppen sich einem Fachbereich, und damit der Verantwortung eines Fachbereichsleiters, zuordnen lasse. Die Ziele, die vereinbart werden sollen, würden zunächst an den einzelnen Produkten gemessen. Dies sei aber völlig unabhängig von einer Erweiterung des Kontenrahmens.

Herr Ziffus beantragt, die Produktgruppe 32 aus dem Bereich 09 „Räumliche, Planung und Entwicklung, Geoinformation“ in den Bereich 14 Bereich „Umweltschutz“ zu verschieben.

Herr Orth lässt über den Antrag abstimmen.

Für den Antrag stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und BfBB. Bei Gegenstimmen von CDU, SPD, FDP, KIDinitiative und dem Bürgermeister ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Sodann beschließt der Hauptausschuss mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD, bei Gegenstimmen von FDP, KIDinitiative und BfBB und Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

@->

Der Produktgruppenplan wird in der vorliegenden Form als Basis für den künftigen NKF-Haushalt beschlossen.

Im Verlauf der weiteren Arbeiten zur Einführung des NKF und im Rahmen des strategischen Zielentwicklungsprozesses können zu einem späteren Zeitpunkt noch Anpassungen vorgenommen werden.

<-@

8. Reorganisation Bürgerbüros

@->

Herr Orth berichtet, dass in Umsetzung des Hauptausschussbeschlusses vom 06.12.2005 seit Januar 2006 die Bürgerbüros in Bensberg und Refrath von montags bis freitags im Wechsel geöffnet sind.

Abweichend von dem seinerzeit gefassten Beschluss, schlage er statt des Konzeptes „Bürgerbus“ die Schaffung eines mobilen Bürgerdienstes vor.

Sollte das Projekt „Mobile Bürgerdienste“ zum Tragen kommen, könnten die Bürgerbüros in Bensberg und Refrath schließen. Damit die angemieteten Räume in Refrath zum 25.06.2007 aufgegeben werden können, sei der Mietvertrag bis zum 25.06.2006 zu kündigen. Andernfalls werde sich die Mietdauer sonst um weitere fünf Jahre verlängern.

Herr Albrecht begrüßt grundsätzlich den neuen Vorschlag der Verwaltung, allerdings müsse man im Vorfeld definitiv wissen, wie das Konzept des mobilen Bürgerbüros aussehe, insbesondere welche Standorte berücksichtigt würden und wie teuer das Projekt werde. Keinesfalls dürfe man z. B. Standorte wählen, die von den Bürgerinnen und Bürgern nicht angenommen werden, weil sie schwer erreichbar sind. Bevor man den Mietvertrag in Refrath kündigt, sei auch zu klären, was mit der Polizei geschehe, die ebenfalls dort untergebracht ist.

Die Verwaltung möge sich mit dem Vermieter in Verbindung setzen, um eine befristete Verlängerung des Mietvertrages zu erreichen. Er gehe davon aus, dass innerhalb eines Zeitraumes von maximal einem Jahr alle Daten und Fakten vorliegen, um entscheiden zu können, ob die mobilen Bürgerdienste eingerichtet und der Standort

Refrath aufgegeben werden könne.

Herr Orth weist darauf hin, dass eine Änderung der Mietzeit oder der Kündigungsfrist vom Entgegenkommen des Vermieters abhängig sei. Nach Vertrag würde sich die Mietdauer um weitere fünf Jahre verlängern, wenn bis zum 25.06. 2006 nicht gekündigt werde. Er halte es für sinnvoller, statt einer Vertragsverlängerung, eine Änderung der Kündigungsfrist zu erreichen. Es bliebe noch ausreichend Zeit, bis zum Vertragsende ein ausgereiftes Konzept vorzulegen.

Mit dem mobilen Bürgerdienst könne man sich die teure Variante Bürgerbus ersparen und habe Dank der modernen Technik die Möglichkeit, das Angebot auf weitere Stadtteile auszuweiten.

Herr Widdenhöfer berichtet, dass dieses relativ neue Modell des mobilen Bürgerbüros in Dortmund und Berlin bereits eingeführt wurde. Dortmund habe mit neun Bürgerämtern bereits eine weitgehend dezentrale Lösung und setze zusätzlich die mobilen Bürgerdienste mit einem sehr eingeschränkten Bürgerservice ein. In Berlin umfasse das mobile Bürgerbüro den gesamten Bürgerservice. Das Frauenhofer-Institut habe hierfür einen speziellen Koffer entwickelt, der etwa 6.000 Euro koste. Die Standorte, die in Berlin gewählt worden seien, würden von einem Einkaufszentrum über Krankenhäuser und öffentliche Büchereien reichen. Man habe damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Die Berliner Senatsverwaltung sei sehr kooperativ und würde die Stadt auch bei dem Aufbau eines mobilen Bürgerdienstes mit ihren Erfahrungen unterstützen. Zwei städtische Mitarbeiter würden in dieser Woche sich vor Ort informieren. Er bevorzuge die von Berlin praktizierte Lösung.

Die Polizei habe bereits mitgeteilt, wenn die Stadt das Bürgerbüro Refrath verlasse, werde sie auch wieder in das Hauptgebäude zurückkehren.

Man müsse sich darüber im Klaren sein, wenn keine Einigung mit dem Vermieter erreicht und nicht fristgerecht kündigt werde, verlängere sich der Mietvertrag um fünf Jahre. Die Miete von 25.000 Euro/p.a. müsse dann gezahlt werden.

Herr Waldschmidt sieht in dem mobilen Bürgerdienst eine Alternative zum relativ teuren Bürgerbus. Damit die Verwaltung die Möglichkeit habe, ein entsprechendes Konzept vorzulegen, würde man auch eine kurze Verlängerung des Mietverhältnisses mittragen, keinesfalls aber eine Verlängerung des Mietvertrages um fünf Jahre. Er schlage vor, dass die Verwaltung heute beauftragt werde, mit dem Vermieter über eine Verlängerung von drei oder sechs Monaten zu verhandeln. Erste Ergebnisse sollten bis zur Ratssitzung am 08.06.2006 vorliegen. Notfalls könne man dann in der Sitzung noch einen Beschluss fassen, der verhindere, dass man für weitere fünf Jahre gebunden sei.

Für Herrn Ziffus macht die Auflösung des Bürgerbüros Bensberg nur Sinn, wenn gleichzeitig ein anderer Aufgabenbereich, der in privat angemieteten Räumen untergebracht ist, dorthin umziehen könne. Ihn interessiere, welcher Bereich das sein könnte und wie hoch die Einsparung wäre.

Bei einem mobilen Bürgerbüro müssten auch die Personalkosten für die An- und Abfahrten sowie an Auf- und Abbau berücksichtigt werden. Hierzu wünsche er eine detaillierte Aufschlüsselung.

Herr Schütz hat keine Bedenken, den Bürgermeister heute mit der Kündigung des

Vertrages zu beauftragen, da der Vertrag noch bis Mitte nächsten Jahres laufe. Stelle sich heraus, dass das mobile Bürgerbüro so nicht umsetzbar ist, könne man mit dem Vermieter immer noch über eine Vertragsverlängerung verhandeln. Was die Stationierung der Polizei angehe, sei das Sache des Landrates.

Frau Schmidt-Bolzmann warnt vor einer übereilten Aufgabe des Bürgerbüros Refrath. Sie sei aufgrund der vielen Leerstände in Refrath sicher, dass man eine Verringerung der Miete erreichen könne.

Das die Polizei den Standort Refrath aufgeben wolle, bedeute für 27000 Einwohner eine Verschlechterung, die nicht ohne weiteres hingenommen werden könne. Sie akzeptiere nicht, dass gesagt werde, die Polizei sei keine Angelegenheit auf städtische Ebene. Die von der Refrather Bürgerschaft gewählten Vertreterinnen und Vertreter könnten nicht zulassen, dass die Polizei aus Refrath abgezogen werde. Die Verwaltung müsse geeignete Wege finde, die Polizeistation in Refrath zu erhalten, da es insbesondere für die ältere Bevölkerung nicht zumutbar sei, in Polizeiangelegenheiten bis Gronau fahren zu müssen.

Herrn Nagelschmidt interessieren die Überlegungen der Verwaltung zum Bürgerbüro Bensberg. Für den Fall, dass das Bürgerbüro Bensberg aufgegeben werde, beantragt er, die Möglichkeiten einer externen Vermietung in dieser exponierten Lage zu nutzen und die Mehreinnahme zur Konsolidierung des Haushaltes zu verwenden.

Herr Orth stellt klar, dass es hier nur darum gehe, den Mietvertrag in Refrath im Hinblick auf ein auslaufendes Mietverhältnis Mitte 2007 zu kündigen und die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept zu erarbeiten. Die private Vermietung des Bürgerbüros Bensberg sei nicht Gegenstand der Tagesordnung, werde aber geprüft.

Herr Lang und Herr Dr. Kassner meinen, dass man erst entscheiden könne, wenn man wisse, worüber man entscheide.

Herr Dr. Kassner führt dazu aus, dass niemand sagen könne, ob das von der Verwaltung bevorzugte „Berliner Modell“ wirklich so geeignet ist. Es sei ungeklärt, ob die DV-Verfahren des mobilen Bürgerbüros kompatibel mit den in Bergisch Gladbach eingesetzten Verfahren sind, wie die Zuleitung erfolge und was mit der Polizei geschehe. Da alle diese Fragen ungeklärt seien, könne man einer Kündigung nicht zustimmen.

Sehr viele Behörden würden mit Elektronik Gouvernement umfassende Leistungen an die Bürgerinnen und Bürger heranbringen, indem nicht nur einfache Formulare heruntergeladen, sondern auch interaktiv Produkte nachgefragt werden können. Auch diese Alternative gehöre zu dem Konzept, wie man künftig die Bürgerbüros in Bensberg und Refrath ersetze.

Herr Widdenhöfer macht nochmals deutlich, dass es nur um einen Grundsatzbeschluss gehe, der die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, dass man so schnell wie möglich vorlegen möchte. Er befürchte, wenn man zu keiner Einigung mit dem Vermieter komme und die Stadt nicht kündige, dass sich der Mietvertrag um weitere fünf Jahre verlängere und das Haushaltssicherungskonzept nicht eingehalten werden könnte. Man möchte vorsorglich kündigen, um ggf. mit dem Vermieter über eine Verlängerung der Mietzeit um ein halbes Jahr oder einen anderen Zeitraum zu verhandeln.

Herr Orth rät dringend, diesem Kompromissvorschlag, der auch mit dem Vorschlag

der SPD identisch sei, anzunehmen.

Frau Kreft beantragt den Schluss der Debatte, da die Argumente hinreichend ausgetauscht seien. Der Vorschlag von Herrn Waldschmidt für die SPD zeige, dass der Zeitplan eingehalten werden könne. Die Verwaltung habe Gelegenheit, all die Dinge zu prüfen.

Herr Albrecht nimmt den Geschäftsordnungsantrag zum Anlass, einen Vorschlag zu unterbreiten, der ggf. für die Zustimmung aller reiche.

Er schlägt vor, Ziffer 1 des Beschlussvorschlages abzustimmen und die Entscheidung zu Ziffer 2 bis zur Ratssitzung am 08.06.2006 zu vertagen. Die Verwaltung werde beauftragt, bis zu diesem Termin mit dem Vermieter eine Lösung zu erarbeiten.

Diesen Vorschlag stellt Herr Orth zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich bei einer Gegenstimme aus den Reihen der CDU folgenden vom Verwaltungsvorschlag abweichenden **Beschluss**:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Hauptausschuss ein Konzept „Mobile Bürgerdienste Bergisch Gladbach“ vorzulegen.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zur Ratssitzung am 08.06.2006 mit dem Vermieter des Objektes Bürgerbüro Refrath über eine Änderung der Kündigungsfrist zu verhandeln.

Herr Lang erklärt, er habe zwar zugestimmt, sei aber nicht dafür, dass nach Berlin gefahren werde. Er halte es nicht für sinnvoll, sich in der teuersten Stadt mit dem höchsten Ausgabevolumen Rat zu holen. <-@

@->

<-@

9. **Rettungsbedarfsplan für den Rheinisch-Bergischen Kreis**
-Erklärung des Einvernehmens nach § 12 Abs. 4 des Rettungsgesetzes NRW

@->

Herr Orth begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises, der Träger des Rettungsdienstes ist.

Herr Dr. Kassner vermisst in der Vorlage Angaben zu den Kosten.

Auf Seite 23 werde das Feuerwehrgerätehaus in Refrath als möglicher Standort für eine Rettungswache diskutiert. Er ist der Meinung, dass man den Standort Refrath weder für das Rettungsfahrzeug noch für die Rettungswache insgesamt hier festschreiben solle, denn beides sei nicht gesichert.

Herr Dr. Fischer bringt seinen Unmut zum Ausdruck, weil die FDP-Fraktion den Rettungsbedarfsplan erst letzte Woche bekommen habe. Die Druckexemplare seien Anfang November letzten Jahres hergestellt worden und er wisse, dass alle anderen kreisangehörigen Gemeinden dem Rettungsbedarfsplan bereits Ende April zugestimmt haben.

Die Angaben im Plan selber seien nicht schlüssig. So sei auf Seite 67 des Rettungsbedarfsplans ersichtlich, dass die Krankentransporte, die von Bergisch Gladbach geleistet werden, immer weiter abnehmen, während sie in Wermelskirchen zunehmen, obwohl Bergisch Gladbach über vier und Wermelskirchen nur über einen oder zwei

Krankentransportwagen verfüge. Er frage sich, wie die Kosten umgelegt werden. Die Krankenkassen würden kaum höhere Kosten für die Transporte in Bergisch Gladbach als in Wermelskirchen bezahlen wollen. Denkbar wäre auch, dass die Krankenhäuser dort Private mit dem Transport beauftragen. Jedenfalls würden die Angaben auf Seite 67 nicht zu der Tabelle auf Seite 90 passen, wo stehe, dass Bergisch Gladbach ca. 7.900 und Wermelskirchen ca. 2.300 bedienen solle.

Herr Schütz möchte wissen, ob es sich bei den Standorten „Refrath, Marktplatz“ (Seite 23 Ziffer 3 der Vorlage) und Bereich „Frankenforst“ (Seite 25, 5. Punkt) um alternative Standorte handele.

Herr Lang stellt für die Fraktion BfBB ausdrücklich klar, dass man dem Beschlussvorschlag, nicht aber den in den Erläuterungen enthaltenen Absichtserklärungen zustimmen werde. Es reiche nicht aus, dass Änderungen oder Neuerungen in der Vorlage erwähnt würden. Sie müssten dem Rat zu gegebener Zeit zur Entscheidung vorgelegt werden.

Herr Widdenhöfer entschuldigt sich für die verspätete Zusendung des Rettungsbedarfsplanes durch die Stadt. Er führt aus, dass es sich hier um einen Plan des Kreises handele. Die Stadt nehme als Große kreisangehörige Gemeinde rettungsdienstliche Aufgaben wahr und sei Trägerin von z. Zt. zwei Rettungswachen. In dieser Funktion habe sie ihr Einvernehmen zum Rettungsbedarfsplan zu erteilen. Man habe in den vergangenen Monaten sehr intensiv mit dem Kreis und den Krankenkassen über die einzelnen Punkte diskutiert. Die Krankenkassen hätten allen Punkten zugestimmt. Mit dieser Zustimmung seien auch die Fragen zu den Kosten und Gebühren beantwortet worden, denn es handele sich um eine kostenrechnende Einrichtung, für die kostendeckende Gebühren zu erheben sind.

Für die neue Rettungswache West sei im Augenblick der Standort zweitrangig. Es gehe um die Grundsatzentscheidung, die vom Kreis mit der Zustimmung der Krankenkassen getroffen worden sei, aufgrund der hohen Einsatzzahlen bei der sehr hohen Bevölkerungsdichte dort eine Rettungswache einzurichten. Die endgültige Standortfrage müsse noch diskutiert werden. Deswegen stehe auf der Seite 23 unter 3.3, dass die endgültige Entscheidung den erforderlichen Maßnahmebeschlüssen vorbehalten bleibe. Wichtig sei nur, dass die Krankenkassen die Verlegung eines Rettungswagens und eines Krankentransportwagens nach Refrath akzeptieren. Allerdings wäre es für die Stadt Bergisch Gladbach von Vorteil, wenn die anstehende Sanierung und Renovierung des Gerätehauses mit der Rettungswache kombiniert würde, da dann der Teil, indem der Rettungs- und der Krankentransportwagen stehen, von den Kassen über die Gebühren refinanziert werde. Es müsse aber nicht Refrath sein. Denkbar wäre auch Frankenforst, etwa im Bereich der Autobahn.

Die von Herrn Dr. Fischer angesprochene Seite 90 weise die Ist-Zahlen der Krankentransporte aus dem Jahr 2004 mit 7.948 Fahrten in Bergisch Gladbach im Vergleich zu Wermelskirchen mit 2.281 aus. Für Wermelskirchen lägen ihm keine weiteren Informationen vor. Er wisse aber, dass die städtischen Krankentransportwagen dringend benötigt würden. Wegen der Vielzahl der Fahrten habe man zusätzlich noch eine Spitzenabdeckung durch den Malteser Hilfsdienst im Bereich der Krankentransporte. Im Jahr 2003 sei die Frage, ob die Krankentransporte künftig durch die Stadt oder durch Private durchgeführt werden sollen, intensiv diskutiert. Der Rat habe einstimmig beschlossen, Krankentransporte durch eigene Kräfte durchführen zu lassen, da

dies wirtschaftlicher sei. Darauf habe man sich eingerichtet.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig folgende **Beschlussempfehlung:**

<-@

- @-> Das Einvernehmen der Stadt Bergisch Gladbach als Träger von Rettungswachen mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis zum Entwurf des Rettungsbedarfsplanes - Stand 01.11.2005 - wird hergestellt.

Herr Orth bedankt sich bei den Vertretern des Kreises für die kooperative Zusammenarbeit.

<-@

9.a **Zukunft der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen im Neuen Kommunalen Finanzmanagement**

- @-> Herr Orth ergänzt, dass in Ziffer 2 des Beschlussvorschlages das Kulturbüro als eigene Einrichtung aufzunehmen ist.

Herr Nagelschmidt begrüßt den Vorschlag der Verwaltungskonferenz, auch wenn nicht klar sei, warum man sich mehr oder weniger gegen das Gutachten stelle. Er vermisse allerdings eine Aussage zur Privatisierungsfähigkeit und –würdigkeit der Einrichtungen.

Er beantrage, in Ziffer 1 des Beschlussvorschlages die Volkshochschule aufzunehmen mit dem Ziel, die Möglichkeiten einer Kooperation mit dem VHS- Zweckverband Overath / Rösrath zu untersuchen. Sollte sich herausstellen, dass eine Umsetzung nicht möglich ist, könne man immer noch, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, verfahren.

Herr Ziffus kritisiert, dass diese komplexe Vorlage ohne Vortrag der Verwaltung und der Gutachter behandelt werde. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei dafür, entweder alle Betriebe zu reintegrieren oder detailliert zu begründen, warum einzelne Betriebe nicht zurückgeführt werden. Es störe ihn, wenn gutachterliche Stellungnahmen angefertigt und letztlich etwas anderes beschlossen werde, obwohl in der Vorlage deutlich gesagt werde, dass die Steuerung wesentlich besser im Stadtkonzern sei. Die Vorteile der Reintegration würden deutlich in dem Bereich, in dem von Eigenkapital die Rede sei. Bei einer Rückführung des Abwasserwerkes oder der Grundstückswirtschaft bekäme man erhebliche Eigenkapitalschübe in den Gesamthaushalt, blieben sie draußen, habe man das Problem, sie als Sondervermögen verwalten und Gewinn abführen zu müssen. Er sei deshalb der Meinung, eine Reintegration wäre von Nutzen für die Gesamtausgleichswirkung des Haushaltes. Man könne eine Neubewertung vornehmen und ggf. in der Eröffnungsbilanz stille Reserven heben, was er nicht für einen Nachteil für die Gesamtbilanzierung des Ausgleichs halte. Das dann eingebrachte Ausgleichskapital würde nicht nur von diesem einen Bereich verzehrt werden können, sondern stünde im Rahmen der Defizitabdeckung auch allen anderen zur Verfügung. Außerdem spare man Gelder, weil weder Gutachter noch ein unabhängiges Büro noch die Gemeindeprüfungsanstalt beauftragt werden müssten. Intern könne das Rechnungsprüfungsamt prüfen. Das Risiko, dass Abschreibungen, wenn man neu bewerte, höher und Kosten da zuzuordnen sind, wo sie entstehen, sei ein normales marktwirtschaftliches Instrument.

Er frage sich, warum dieses wichtige Konzept nicht im Rahmen der Steuerungssitzung des Hauptausschusses angesprochen wurde. Es sei genauso wichtig wie die Pro-

duktgruppenliste.

Herr Dr. Fischer ist der Meinung, wenn die noch durchzuführende Untersuchung ergebe, dass die in Ziffer 1 genannten Einrichtungen auszugliedern sind, dass dann sichergestellt werden müsse, dass die Zuständigkeit über Kernfragen der öffentlichen Ordnung und der Verwendung des öffentlichen Geldes weiterhin beim Rat verbleibe. Der Rat müsse auch in Zukunft über die Abfallgebühren, Abwassergebühren und Grundstücksverkäufe entscheiden und nicht irgendein Gremium, das vielleicht als Kontrollgremium des AG oder GmbH-Gesetzes noch zur Verschwiegenheit verpflichtet ist, so dass die Ratsmitglieder überhaupt keine Kenntnis mehr davon erlangen.

Herr Waldschmidt erklärt, dass die SPD zu der Überzeugung gelangt sei, dass eine Reintegration der Eigenbetriebe in den Haushalt Vorteile bringt. Die Eigenbetriebe seien gegründet worden, um eine Budgetierung und um Eigenverantwortung zu haben. Dies sei im NKF weiterhin gewährleistet. Es sei sinnvoll, vorerst die in Ziffer 1 des Beschlussvorschlages genannten Bereiche herauszunehmen und vor einer endgültigen Entscheidung die anstehenden Untersuchungen durchzuführen

Herr Lang weist darauf hin, dass für die BfBB die entscheidende Frage immer gewesen sei, wie dies betrieblich, wirtschaftlich in den eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen aussehe. Erreiche man mit dem geringsten Aufwand den größt möglichen Effekt. Dies werde bewiesen. Der Eigenbetrieb Abwasser habe den höchsten Erfolg, der dadurch erzielt werde, dass er die Bürger am schnellsten bis zum Unzumutbaren und Unzulässigen hinaus belaste. Das seien die Schlussfolgerungen, die die Fraktion BfBB aus den Darlegungen gezogen habe. Es würden zwar auch weitere positive Effekte, z. B. Flexibilität, wirtschaftliches Denken, ehrenamtliches Engagement im Umfeld beschrieben. Hierfür bittet er, konkrete Beispiele zu benennen, die dies belegen. Im Übrigen habe die Fraktion BfBB den Anlagenband nicht erhalten. Er bittet, die Zusendung nachzuholen. Er behalte sich vor, weitere Fragen in der Ratssitzung zu stellen, wenn er die ergänzenden Informationen erhalten habe.

Zu den Ausführungen von Herrn Lang, stellt Herr Kotulla fest, dass man seinerzeit nur auf diese Weise die kaufmännische Buchführung für die Einrichtungen einführen konnte. Als erfolgreiche Beispiele könne er die Volkshochschule und die Musikschule benennen, die bei sinkenden Ressourcen mehr geleistet haben als es üblich und vorher möglich war. Im Kulturbereich insgesamt seien Kosten, die früher aus der Stadtkasse bezahlt worden seien, durch Sponsoring gedeckt worden. Es gebe noch eine Vielzahl solcher Beispiele. Unter dem NKF könnten diese Sektoren erhalten bleiben, weil der Grundgedanke der kaufmännischen Rechnung nun durch das Gesetz gegeben sei, während er damals konstruiert werden musste.

Herr Schütz geht davon aus, dass letztlich alle Betriebe reintegriert werden. Das die Eigenbetriebsleiter eine möglichst große Selbstständigkeit haben wollten, sei verständlich. Für den Rat sei aber entscheidend, dass er eine möglichst dichte Kontrolle habe, und das spreche dafür, alle einzugliedern.

Für Herrn Lang ist die Kontrolle des Rates am wichtigsten. Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen verdienten diese Bezeichnung nur, wenn sie eigenbetriebsähnlich sind und Gewinne erzielen. Die meisten würden aber keine Gewinne erzielen und die Gebührenhaushalte dürften keine Gewinne erzielen. Aus seiner Sicht bliebe nur die

Grundstückswirtschaft übrig. Alle anderen eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen sollten reintegriert werden.

Herr Orth verweist auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion in Ziffer 1 die VHS aufzunehmen und lässt über den geänderten Beschlussvorschlag getrennt abstimmen.

Der Hauptausschuss beschließt folgende **Beschlussempfehlung**:

1. (mehrheitlich gegen BfBB und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung KIDitiative)
Für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen „Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“, „Abfallwirtschaftsbetrieb“ und „Abwasserwerk“ werden weitere Untersuchungen (mit dem Ziel zu Haushaltskonsolidierungsbeiträgen zu kommen) vorgenommen, bevor eine Reintegration in den NKF-Haushalt in Betracht kommt.
Bevor über die Reintegration der Volkshochschule entschieden wird, solle die VHS Verhandlungen mit den Nachbarkommunen über eine mögliche Kooperation führen.
2. (einstimmig)
Alle übrigen eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen werden mit Einführung des NKF-Haushalts zum 01.01.2008 in den NKF-Haushalt reintegriert: „Feuerwehr“, „GL-Kultur“ (mit den Spartenrechnungen Kulturbüro, Haus der Musik, Kunst- und Kulturbesitz, Stadtbücherei), „Stadtgrün“ und „Verkehrsflächen“.

<-@

@->

<-@

10. Bericht aus dem Integrationsbeirat

@-> Herr Dr. Miede weist darauf hin, dass die Ausführungen in der Mitteilungsvorlage (Drucksache 274/2006, S. 27, letzter Absatz) nicht der Realität entsprechen. Die Schule selbst habe die Einschränkung der Zügigkeit angeboten. Herr Dr. Miede gibt den nachfolgenden Text zu Protokoll:

„Die Schulen haben schriftlich erklärt, keine Forderungen nach An-, Um- oder Erweiterungsbauten zu stellen und ferner, sollten die Anmeldezahlen höher sein und die vereinbarten Eingangsklassen nicht alle Schüler aufnehmen können, solle in Zusammenarbeit mit der Schulverwaltung ein möglichst einvernehmliches Umlenken an andere Schulen erfolgen.“

Der schriftliche Bericht wird mit dieser Ergänzung zur Kenntnis genommen.

<-@

11. Entsendung von Mitgliedern des Seniorenbeirates in verschiedene Ausschüsse

@-> Herr Schütz ist der Auffassung, dass die demokratische Repräsentation der Senioren bereits durch das normale Wahlrecht gewährt sei. Dem gegenüber bestünde für Jugendliche, die noch kein aktives oder passives Kommunalwahlrecht hätten, keine Beteiligungsmöglichkeit. Er fordere deshalb, dass man endlich ein entsprechendes Gremium einrichte, wie dies wiederholt von der KIDitiative beantragt wurde.

Der Hauptausschuss gibt dem Rat einstimmig bei einer Enthaltung der KIDitiative

folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

@-> Gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 der Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der I. Nachtragssatzung und der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beschließt der Rat der Stadt Bergisch Gladbach auf Vorschlag des Seniorenbeirates, folgende Beiratsmitglieder als beratende Mitglieder in die nachfolgend genannten Ausschüsse zu entsenden:

1. **Frau Berghaus** in den Ausschuss für **Umwelt, Infrastruktur und Verkehr** und Herrn Becker als deren Vertretung
2. **Herrn Joppich** in den Ausschuss für **Bildung, Kultur, Schule und Sport** und Frau Beisner als dessen Vertreterin
3. **Herr Kautz** in den Planungsausschuss und Herrn Steinbach als dessen Vertreter
4. **Herr Möller** in den Sozialausschuss und als dessen Vertreterin Frau Stöcker

<-@

12. **Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der 65. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW für den Regierungsbezirk Köln am 08.06.2006 in Pulheim**

@-> Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird Herr Werner Schwamborn und von der FDP-Fraktion, Herr Markus Gerhards zur Teilnahme an der 65. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW im Regierungsbezirk Köln nachgemeldet.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Dienstreise der Ratsmitglieder Jürgen Albrecht, Herbert Brenneiser, Erich Dresbach, Markus Gerhards, Annegret Kreft, Heinrich Lang, Brigitte Schöttler-Fuchs, Waltraud Schneider, Rosemarie Schu, Fabian Schütz und Werner Schwamborn zur 65. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für den Regierungsbezirk Köln am 08.06.2006 in Pulheim wird genehmigt.

<-@

@->

<-@

13. **Benennung der nördlichen und südlichen Erschließungsstraße im Bebauungsplan Nr. 3342 - Lohhecke in Berg. Gladbach, Sand**

@-> Herr Albrecht befürchtet, dass die Bezeichnung „Lohhecke“ zu Missdeutungen und Verwechslungen führen könnte, weil es in Sand bereits den „Lohplatz“ und die Straße „An der Lohe“ gebe. Er beantragt für die CDU-Fraktion, statt der Bezeichnung „Lohhecke“, dem Weg den Namen „St. - Apollonia – Weg“ zu geben.

Herr Schütz begrüßt diesen Vorschlag, u.a. auch deshalb, weil noch zu wenige Straßen in Bergisch Gladbach nach Frauen benannt sind.

Der Hauptausschuss fasst in getrennter Abstimmung folgenden **Beschluss**:

1) (mehrheitlich bei Gegenstimmen der FDP, einer Gegenstimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und zwei Enthaltungen der SPD)

Die nördlich im B-Plan Nr. 3342 – Lohhecke von der Sander Straße abzweigende Erschließungsstraße erhält die Bezeichnung „St. – Apollonia - Weg“.

2) (einstimmig bei einigen Enthaltungen)

Die südlich im B-Plan Nr. 3342 – Lohhecke von der Schulstraße abzweigende Erschließungsstraße erhält die Bezeichnung „St.-Severin-Weg“.

@->

<-@

14. Anträge der Fraktionen

@->

<-@

14.1 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 28.02.2006 die Neubaustraße an der Breslauer Straße in Hand nach Marion Gräfin Dönhoff zu benennen

@->

Zur Begründung des Antrages führt Herr Schütz an, dass nach dem Beschluss des Hauptausschusses mehr Frauen bei der Benennung von Straßen berücksichtigt werden sollen und sich hier die Gelegenheit biete, diese Neubaustraße nach Marion Gräfin Dönhoff, zu benennen. Außerdem könne ein Zeichen der Versöhnung mit den polnischen Nachbarn gesetzt werden, wenn man damit deutlich macht, dass man nicht an der Politik der fünfziger Jahre festhalte. Aufgrund völkerrechtlicher Verträge seien es heute polnische Städte. Es sei sinnvoller, Straßen nach einem Vorbild, nach einer verdienten Persönlichkeit zu benennen, als an abstrakten Städtebezeichnungen festzuhalten. Den Argumenten in der ablehnenden Stellungnahme der Verwaltung könne er nicht folgen. Dort sei u.a. ausgeführt, dass es sich nicht um eine völlig neue Straße, sondern um die Verlängerung der seit langem bestehenden Erschließungsanlage „Königsberger Straße“ handle und das neue Teilstück mit der Bezeichnung Königsberger Straße, insbesondere für Rettungsfahrzeuge, leichter zu finden sei.

Herr Albrecht befürwortet grundsätzlich den Benennungsvorschlag. Gräfin Dönhoff habe als Chefredakteurin der „Zeit“ und Autorin sehr engagiert ostdeutsches Kulturgut auch den Westdeutschen näher gebracht. Die Straßen in der Siedlung seien alle nach Städten in ehemaligen ostdeutschen Gebieten benannt. Das habe sich ebenso eingepreßt wie in anderen Stadtteilen die „Musiker-“, die „Märchen-“ oder die „Vogelsiedlung“ und sollte in diesem Kontext bestehen bleiben.

Er möchte aber von der Verwaltung vor einer Entscheidung wissen, ob der Aufwand zur Umbenennung tatsächlich erheblich und juristisch bedenklich sei. Die CDU vertrete die Meinung, dass die Königsberger Straße in diesem Teilbereich eine eigenständige Erschließungsanlage ist und einen eigenen Namen haben sollte.

Herr Orth bedauert, dass die Benennungsvorschläge in der Regel erst eingebracht werden, wenn Vorentscheidungen bereits getroffen sind. Er rege deshalb an, Prinzipien für die Namensgebung festzulegen und in eine Art „Namensspeicher“ zu erarbeiten, in den auch die Vorschläge der Fraktionen aufgenommen werden und auf die man dann rechtzeitig zurückgreifen könne.

Für Herrn Schmickler handelt es sich bei der Benennung von Straßen um eine rein politische Entscheidung. Es sei schwierig, einen guten Vorschlag wie im vorliegenden Fall, aus sachlichen oder juristischen Erwägungen ablehnen zu müssen. Sicher werde sich bald eine geeignete Gelegenheit bieten, eine Straße, die der Bedeutung und Lebensleistung der Person angemessen ist, nach Gräfin Dönhoff zu benennen.

Herr Lang möchte konkret wissen, welche Nachteile eine Umbenennung für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger habe.

Herr Schmickler antwortet hierauf, dass eine Abwägung erfolgen müsse zwischen dem öffentlichen Interesse an einer Umbenennung und dem Aufwand, den die Betroffenen durch die Umbenennung haben. Im vorliegenden Falle handele es sich um die Fortführung einer vorhandenen Straße. Deshalb habe es – anders als im Regelfall – keiner politischen Entscheidung bedurft.

Herr Widdenhöfer ergänzt zur juristischen Problematik, dass bereits genehmigte und im Bau befindliche Gebäude die Bezeichnung Königsberger Straße erhalten haben. Die Verwaltung habe damit einen Vertrauensschutz begründet, auf den sich die von der Umbenennung Betroffenen berufen und von der Stadt Schadensersatz verlangen können.

Herr Nagelschmidt beantragt den Schluss der Debatte.

Frau Schmidt-Bolzmann sieht aufgrund eigener Erfahrungen in einer Umbenennung kein juristisches Problem.

Selbst wenn juristische Bedenken bestünden, bezweifelt Herr Schütz, dass es tatsächlich Schwierigkeiten gebe. Dieses Argument nur dazu diene, eine von der Verwaltung ohne Beteiligung des Hauptausschusses vorgenommene Straßenbenennung zu rechtfertigen. Er könne sich im Stadtgebiet keine geeignetere Straße vorstellen, da die Siedlung sehr viel mit ostdeutscher Geschichte zu tun habe.

Frau Beisenherz-Galas teilt diese Auffassung. Wolle man der Straßenbenennung nicht zustimmen, schlage sie als Kompromiss vor, dass die nächste zu benennende Straße in diesem Gebiet nach Gräfin Dönhoff benannt werde.

Nachdem jede Fraktion Gelegenheit hatte zur Sache zu sprechen und sich niemand zum Geschäftsordnungsantrag äußern möchte, nimmt der Hauptausschuss mehrheitlich bei Enthaltung der FDP und der KIDitiative den Antrag auf Schluss der Debatte an.

Sodann fasst der Hauptausschuss mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD sowie der Stimme des Bürgermeisters, bei Enthaltung von BfBB folgenden

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion KIDitiative vom 28.02.2006, die Neubaustraße an der Breslauer Straße in Hand nach Gräfin Marion Dönhoff zu benennen, wird abgelehnt.

<-@

14.2 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 28.02.2006 zur Benennung eines Platzes in Paffrath

@-> Herr Schütz führt zur Begründung des Antrages an, dass Anton Feckter der erste, an einem Lehrerkollegium ausgebildete Lehrer der Paffrather Schule war. Er habe über mehrere Generationen Paffrath geprägt und sich um die Paffrather und auch die Gladbacher Stadtkultur verdient gemacht. Bereits vor über hundert Jahren sei es Wunsch der Paffrather Bürgerinnen und Bürger gewesen, einen Platz, der ungefähr an dieser Stelle von Anton Feckter eingerichtet worden war, nach ihm zu benennen. Dies sei aus fragwürdigen Gründen vom Stadtrat abgelehnt worden. Anlässlich des Stadt-

jubiläums biete sich die Gelegenheit, die Namensgebung nun zu vollziehen.

Herr Dr. Mieke und Herr Hagen sind gegen eine Umbenennung des Platzes. Herr Hagen teilt mit, dass niemand die Verdienste Anton Feckters für die Stadt Bergisch Gladbach und insbesondere für Paffrath in Frage stelle. Die Anwohnerschaft der Straße Flachsberg sei aber der Meinung, dass der Platz und die Straße zusammengehören und dieser Name auch für den Platz erhalten bleiben soll. Anton Feckter könne man sicher durch einen anderen Platz oder eine andere Straße ehren.

Frau Beisenherz – Galas hält eine Benennung für sinnvoll, da insbesondere neu hinzugezogene Personen sich bisher dort nicht richtig orientieren könnten.

Herr Albrecht weist darauf hin, dass es sich nicht um einen, sondern um zwei Plätze handele, und zwar den Parkplatz parallel zur Schule und den Parkplatz jenseits der Straße Flachsberg, vor der Bäckerei.

Herr Orth stellt den Antrag der KIDitiative vom 28.02.2006 zur Benennung eines Platzes in Paffrath zur **Abstimmung**.

Für den Antrag stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KIDitiative und ein Mitglied der FDP, dagegen stimmen CDU, SPD, BfBB und der Bürgermeister. Ein Mitglied der FDP enthält sich.

Damit ist der Antrag mehrheitlich bei einer Enthaltung abgelehnt.

<-@

14.3 Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2006 einen Beigeordneten zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters zu bestellen

@-> Herr Albrecht ergänzt, dass die beantragte Bestellung des technischen Beigeordneten zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters ab 01.09.2006 gelten solle. Zur Begründung des Antrages verweise er im Übrigen auf die Vorlage.

Herr Schütz beantragt geheime Abstimmung. Diesem Antrag schließen sich fünf weitere Mitglieder des Hauptausschusses an. Damit ist das in der Geschäftsordnung vorgesehene Quorum von einem Fünftel der Ausschussmitglieder für eine geheime Abstimmung erreicht.

Als Stimmenauszähler stellen sich Herr Nagelschmidt und Herr Dr. Fischer zur Verfügung.

Herr Orth erläutert das Abstimmungsverfahren und ruft die Mitglieder des Hauptausschusses zur Stimmabgabe auf.

Nach Auszählung der Stimmen stellt Herr Orth das Abstimmungsergebnis fest und gibt bekannt, dass von den 18 abgegebenen Stimmen alle gültig sind, wobei 12 mit „Ja“ und 6 mit „Nein“ gestimmt hätten.

Der Hauptausschuss empfiehlt damit dem Rat mehrheitlich, den technischen Beigeordneten, Herrn Stephan Schmickler zum 01.09.2006 unter Beibehaltung der bisherigen Geschäftskreise der Beigeordneten, zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters zu bestellen. <-@

14.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 16.05.2006 zur Zusammenlegung des Sozialausschusses mit dem Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann

@-> Herr Dr. Fischer begründet den Antrag der FDP zur Zusammenlegung des Sozialausschusses mit dem Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann.

Frau Schöttler-Fuchs stellt klar, dass anders als im Antrag behauptet, ausschließlich sachliche Gründe dazu geführt hätten, dass die letzte Sitzung des Sozialausschusses ausgefallen sei.

Frau Schmidt Bolzmann weist darauf hin, dass es schon mal einen Sozialausschuss gegeben habe, der dann wegen Themenmangel aufgelöst und dann dessen Aufgaben zunächst dem Hauptausschuss und später dem Jugendhilfeausschuss angegliedert wurden. Nach der letzten Kommunalwahl habe es eine politische Mehrheit gegeben, dieses Experiment nochmals zu wagen. Es sei schwierig, den Ausschuss jetzt abzuschaffen, aber bei nächster Gelegenheit solle man das in Angriff nehmen.

Herr Ziffus verweist auf den zuvor beschlossenen Produktgruppenplan. Der Bereich Soziales sei ein Produkt mit einem enormen Ausgabenvolumen. Es sei notwendig, dass man die Themen dieses Bereiches eindeutig einem eigenständigen Ausschuss zuordne. Dem gegenüber nehme der Gleichstellungsausschuss im Rahmen der zentralen Aufgaben eine Querschnittsaufgabe wahr. Deshalb entspreche es der Logik, einen Sozialausschuss und einen Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann zu haben.

Herr Schütz unterstützt den Antrag grundsätzlich. Die Zusammenlegung sei insbesondere aus wirtschaftlichen Erwägungen durchaus sinnvoll. Die Vorsitzenden-Frage könne über die wechselseitige Vertretung über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren bis zur nächsten Kommunalwahl gelöst werden.

Für Herrn Lang ist die Gleichberechtigung eine soziale Frage. In beiden Ausschüssen hätten sich sozial eingestellte Menschen um die Anliegen der Bevölkerung zu bemühen. Ihm sei nicht klar, wieso der Gleichstellungsgedanke durch eine Zusammenlegung der beiden Ausschüsse beeinträchtigt werde. Außerdem könne mit der Zusammenlegung Geld gespart werden, das man an anderer Stelle dringend benötige.

Herr Waldschmidt ist der Auffassung, dass es nicht vorrangig um die rechtliche Frage des Ausschussvorsitzes, sondern eine rein fachliche Frage gehe. Der Gleichstellungsausschuss sei ein Querschnittsausschuss, was der Sozialausschuss nicht ist. Deshalb mache die Zusammenlegung keinen Sinn.

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, dass bei einer Auflösung der Ausschüsse oder wesentlichen Änderung ihrer Aufgabenstruktur während der Wahlzeit das Zugriffsverfahren für die Ausschussvorsitze neu durchzuführen ist. Deshalb sollte diese Diskussion erst zum Ende der Ratsperiode für die nächste diskutiert werden.

Herr Orth stellt den Antrag der FDP-Fraktion vom 16.05.2006 zur Zusammenlegung des Sozialausschusses mit dem Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann zur Abstimmung.

Für den Antrag stimmen FDP, KIDinitiative und BfBB. Bei Gegenstimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Bürgermeister ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt. <-@

15. Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

1. Frau Schmidt –Bolzmann

Anfrage zur Kostensenkung bei der Feuerwehr

Frau Schmidt-Bolzmann möchte wissen, ob die Verwaltung sich Gedanken mache, längerfristig die Kosten der Feuerwehr zu senken. Bisher würden die Kosten alle zwei Jahr um 1 Mio. Euro steigen.

Herr Orth antwortet hierzu, dass die Feuerwehr auch der Logik und Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung unterliege. Der Rat werde spätestens mit der Entscheidung über den Brandschutzbedarfsplan, neben anderen Zielsetzungen, auch über die Haushaltskonsolidierung zu entscheiden haben.

2. Frau Beisenherz-Galas

Anfragen zum Büchereistandort Bensberg

Frau Beisenherz - Galas möchte von Herrn Orth wissen, warum er ein zentrales öffentliches Büchereiangebot für besser halte als ein dezentrales und welche konzeptionellen sowie administrativen Vorteile er sich davon verspreche.

Herr Orth stellt klar, dass er ein zentrales Büchereiangebot nicht für besser halte. Es sei wünschenswert, in allen Stadtteilen möglichst viele Menschen für das Lesen, für das Buch, für Literatur zu gewinnen.

Frau Beisenherz – Galas fragt weiter, wo der z.Zt. in Bensberg beschäftigte Bibliothekar nach der Schließung eingesetzt wird und wo seine Personalkosten budgetiert werden.

Herr Orth verweist zur Beantwortung dieser Frage auf den nichtöffentlichen Teil, da es sich hier um eine Personalangelegenheit handele.

3. Herr Lang

Anfrage zum Einsatz der Müllfahrzeuge

Anfrage zum Sportbereich der Schule Mohnweg

Herr Lang möchte wissen, ob es zutrifft, dass die neuen Müllfahrzeuge ab 14.30 Uhr in den Hallen stehen und in Folge dessen wohl nicht vollausgelastet sind. Ihn interessiere auch, wo die Fahrer bzw. Müllwerker in dieser Zeit eingesetzt werden, von denen gesagt wird, dass sie viele Überstunden zu leisten hätten.

Außerdem möchte Herr Lang wissen, ob es zutrifft, dass im Sportbereich der Schule Mohnweg die Heizung immer so heiß ist, dass es den Leuten zu warm ist sie die Duschen nicht benutzen können.

Herr Orth sichert die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

4. Herr Schütz
Anfrage zu den Sitzungsterminen des Rates

Herr Schütz verweist auf seine Nachfrage aus der letzten Sitzung, ob es zulässig sei, dass nur fünf Ratssitzungen im Jahr terminiert wurden. Nach den Vorschriften der Gemeindeordnung habe wenigstens alle zwei Monate eine Ratssitzung stattzufinden, d.h. es müssten sechs Sitzungen im Jahr stattfinden. Er bittet hierzu um eine schriftliche Stellungnahme.

5. Herr Ziffus
Anfrage zur Regionale 2010

Herr Ziffus möchte zur Regionale 2010 wissen, nachdem die sechs Pläne zur Regionale 2010/Innenstadtentwicklung sowohl in dieser Arbeitsgruppe dargestellt wurden, auch ganz offiziell Vertretern des Rates, den Planungssprechern, dem Planungsausschuss die Dinge in Form einer CD präsentiert worden sind, warum es nicht möglich ist, diese Pläne für eine Diskussion in den Fraktionen zu bekommen. Er bittet, diese Frage schriftlich zu beantworten.

6. Herr Nagelschmidt
Frage zur dauerhaften Demontage des Brunnens auf dem Konrad-Adenauer-Platz

Herrn Nagelschmidt interessiert, ob man sich vorstellen könne, den zur Zeit demontierten Brunnen nicht mehr an dieser Stelle aufzubauen.

Diese Frage wird von Herrn Orth bejaht.

Herr Orth schließt die öffentliche Sitzung.

<-@